

Änderungsantrag

Hannover, den 10.12.2025

Fraktion der AfD

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026 - HG 2026 -)

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/7910 neu

Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 19/9300 und 19/9310

Der Landtag wolle den Gesetzentwurf der Landesregierung mit den aus der **Anlage** ersichtlichen Änderungen zu Einzelplan 11 beschließen.

Begründung

Das Land Niedersachsen hat einen grundsätzlichen Reformbedarf. Die Strukturen der 1990er-Jahre passen nicht mehr zu den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Seit Jahren weicht die Politik diesem Reformbedarf aus. Für das Jahr 2026 wird das Ausweichen hinter einer historisch hohen Neuverschuldung versteckt. Bevor aber kommende Generationen derart verschuldet werden, bedarf es einer Definition von „Niedersachsen 2050“, also davon, mit welcher Zielvorstellung das Land Niedersachsen in die Zukunft getragen werden soll.

Jens-Christoph Brockmann
Parlamentarischer Geschäftsführer

Änderungsliste zum HG 2026

Kopie von Änderungsantrag AfD zum HG 2026_Epl. 11 / Ausdruck: 08.12.2025 16:15

Haushaltsjahr 2026 - Einzelplan 11

Stand: 07.12.2025

Kap.	Titel	auch in TL (x)	Zweckbestimmung <i>Haushaltsvermerke (HV)</i> (ggf. Hinweis auf VE)	Ansatz / VE					Bemerkungen / ggf. Hinweis auf Änderungsbedarf bei fachgesetzlichen Regelungen
				alt 2026	Änderung Einnahmen	Änderung Ausgaben	Änderung VE	neu 2026	
- 1 -	- 2 -	- 3 -	- 4 -	- 5 -	- 6 -	- 7 -	- 8 -	- 9 -	- 10 -
1102	685 76		Zuschüsse zur Förderung von Maßnahmen und Projekten der zivilgesellschaftlichen Ausstiegsarbeit	75.000		- 50.000		25.000	Bedarf wird nicht erkannt.
1102	547 11		Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben für Maßnahmen der Personal- und Organisationsentwicklung	385.000		+ 6.100.000		6.485.000	Projektierung "Freie Heilfürsorge im Justizvollzug". Antrag folgt.
1102	686 74		Zuschüsse für Maßnahmen und Projekte des Landesprogramms für Demokratie und Menschenrechte	350.000		- 300.000		50.000	Bedarf wird nicht erkannt.
1102	686 75		Förderung der Beratung Betroffener rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt sowie der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus für Demokratie	186.000		- 150.000		36.000	Bedarf wird nicht erkannt. Keine Beratung der Betroffenen linker Gewalt.

mehr	-	+ 6.100.000	-
weniger	-	- 500.000	-
Saldo	-	+ 5.600.000	-